

Fünfzehn Jahre Saar-Schicksal.

Von Friedrich Krause-Wichmann.

Mit dem Versailler Diktat wurde das Saargebiet auf fünfzehn Jahre der deutschen Verwaltung entzogen und einem Völkerbundsregime unterstellt.

Clemenceau und Tardieu hatten zwar in Versailles das Endziel ihrer Politik nicht erreicht, aber sie gaben ihre Absichten nicht auf. Sie hatten Kompromißlösungen durchgesetzt, die ihnen die nachträgliche Verwirklichung ihrer Politik ermöglichen sollten.

Langandauernd sollte die fremde Besetzung sein, damit die Deutschen an der Saar sich an den Zustand der Fremdherrschaft gewöhnen sollten.

Am 10. Januar 1920 trat das Versailler Diktat und mit ihm das Saarstatut in Kraft. Am 13. Januar 1920 trat die fremde Regierungskommission im Saargebiet ihre Herrschaft an. Die Grenzen des neuen Landes wurden abgesteckt.

Sodann versuchte man, Teile der Bevölkerung für die französischen Pläne zu gewinnen, wobei man gehofft hatte, sich auf die Sozialisten stützen zu können. Die Bergwerksverwaltung dagegen bemühte sich zaghaft um die Unterstützung der Katholiken. Als alle Bemühungen fruchtlos blieben, entschloß man sich zur Gründung einer Autonomisten-Partei, des „Saarbundes“, welche sofort eine eigene Zeitung: „Der neue Saarkurier“ herausgab.

Dann schnürte man das Saargebiet wirtschaftlich von Deutschland ab und verkuppelte es mit Frankreich, um es dem Vaterlande zu entfremden. Man baute auf die deutsche Zwietracht, den Gegensatz der Konfessionen, der Parteien und Klassen, und man organisierte schließlich heimlich den Verrat und Separatismus.

Nichts blieb unversucht, um die Bevölkerung zu beeinflussen.

Diese ganze Zeit des fremden Regimes an der Saar war ein fortgesetzter Kampf der deutschen Bevölkerung gegen Uebergriffe und Rechtsverstöße aller Art.

Allgemeinen Unwillen erregte die „Maulkorbverordnung“ vom 7. März 1923. Der Führer der Liberalen Partei in England, Simon, bezeichnete die Verordnung als „den erstaunlichsten Mißbrauch gesetzgebender Gewalt“, während Asquith erklärte: „Sie widerspricht nicht nur allen britischen Grundsätzen und Ueberlieferungen, sie steht in absolutem Widerspruch zu all den Grundsätzen, die sämtliche freie Länder zu verfolgen sich bemüht haben“.

Besonders der Saarbergarbeiter hatte unter der Fremdherrschaft zu leiden. Er wurde gezwungen, seine Kinder in französische

Schulen zu schicken oder in französische Verbände einzutreten. Es waren zwar nur wenige, die dem Folge leisteten und auch sie taten es nur aus Not, um eine vielköpfige Familie zu ernähren und nicht aus Arbeit und Wohnung gejagt zu werden.

Die meisten nahmen jedoch lieber Erwerbslosigkeit und Not und Elend oder günstigenfalls Verlegung in schlechtere Arbeitsverhältnisse mit allen damit verbundenen Schikanen auf sich, statt dem französischen Zwang zu gehorchen.

Wir achten das und schätzen es hoch ein, aber wir haben auch Verständnis für die, die dem Zwang Folge leisteten. Wir wissen, daß auch bei diesen in der Stunde der Entscheidung das deutsche Blut ihrer Väter und Mütter mahnend und das Blut ihrer Kinder fordernd sprechen wird.

Hand in Hand mit all diesen Dingen ging die Wirtschaftspolitik Frankreichs an der Saar. Man hoffte, die Saarbewohner durch wirtschaftliche Vorteile zu gewinnen.

Der Wirtschaftsimperialismus marschierte. Man spekulierte auf den Materialismus der Saarländer. Man hatte sich verrechnet.

Nein, die Bewohner des Saarlandes sind keine Menschen, die nur am Materiellen hängen. Für sie ist nicht „Vaterland“ das Land, wo es ihnen nur gut geht.

Das konnte nicht besser ausgedrückt werden als in der Saarbrücker Erklärung an Wilson aus den dunklen Tagen des Dezember 1918: „Wir wollen auch jetzt in der Zeit des tiefen Unglücks mit unseren deutschen Brüdern und Schwestern vereint bleiben.“

Aber ist denn in Wirklichkeit das Völkerbundsregime für die Saarländer vorteilhaft gewesen? Entspricht es dem wirtschaftlichen Vorteil des Saarlandes, an dem Status quo, dem jetzigen Zustande der Fremdherrschaft festzuhalten?

Wilson hatte schon in Versailles als einen der Gründe, weshalb er sich Tardieus Plänen widersetzte, ins Feld geführt, daß Frankreichs Forderung an der Saar „keiner wirtschaftlichen Realität entspreche, ja den Ruin des Saargebietes bedeuten“ würde.

Schon heute sieht das französische Kohlsyndikat in den Saarkohlen nur noch einen gefährlichen Konkurrenten, und die Kohlenverbraucher verlieren ihr Interesse an dem Saargebiet, da ihre Bedürfnisse gedeckt sind. Die Wirtschaftskrise verstärkte die Gleichgültigkeit der einen und die Feindseligkeit der anderen gegenüber dem Saargebiet.

Was hier von der Kohlenwirtschaft gesagt ist, gilt aber von der Saarwirtschaft ganz allgemein, besonders auch von der Eisenwirtschaft.

Durch die Wiedergewinnung von Lothringen wurde die französische Eisenerzeugung plötzlich von 10 auf 15 Millionen Tonnen gehoben, während die Aufnahmefähigkeit nur um ein geringes vermehrt wurde. Nun wurden diesen 4 Millionen Tonnen Mehrezeugung weitere 3 Millionen Tonnen Saarproduktion hinzugefügt.

Bei dieser Sachlage ist es nicht schwer, festzustellen, wo der Vorteil der Saarländer liegt. Das Interesse der Saarbewohner ist zwar im Saarstatut mit schönen Worten vorangestellt. Aber es sind nur schöne Worte, die die Wahrheit verschleiern sollen.

Der Vorteil der jetzigen Saarlösung für Frankreich besteht nur darin, daß die Saar unter dem heutigen Regime ein vorzügliches Absatzgebiet für Frankreich ist, da Frankreich dort alljährlich für mehr als 2 Milliarden Waren verkauft. Der Verlust eines so herrlichen Absatzgebietes würde die französische Handelsbilanz schwer beeinträchtigen.

Die größte Hoffnung setzte die französische Propaganda auf die deutsche Zwietracht, den Gegensatz der deutschen Stämme und Länder, der Konfessionen, der Parteien und der sozialen Schichten und Klassen.

Die Glaubensspaltung ist von jeher eine der stärksten Waffen der französischen Politik gegenüber Deutschland gewesen.

Was den Franzosen im Rheinland und in der Pfalz nicht gelang, den Gegensatz der Konfessionen politisch für Frankreich auszuschlachten, wird auch der französischen Saarpropaganda nicht gelingen. Die deutschen Katholiken der Saar haben genügend Beweise ihrer Treue zu Deutschland geliefert. Sie wissen ganz genau, daß die Rückkehr der Saar zu Deutschland eine nationale Frage ist, über die Katholiken und Protestanten einer Meinung sind, und daß die religiösen und konfessionellen Fragen eine innerdeutsche Angelegenheit sind, die wir Deutschen untereinander auszumachen haben.

In der Treue zu Deutschland gab es nie einen Unterschied zwischen Protestanten und Katholiken. In zahlreichen Kundgebungen hat die katholische Bevölkerung ihren Willen zu Deutschland mit der gleichen Begeisterung kundgetan, wie die protestantische.

Man begnügte sich nicht damit, die Katholiken zu umschmeicheln. Man versuchte, den Arbeiter gegen den Unternehmer zu gewinnen, den Unternehmer gegen den Arbeiter, die Linksparteien gegen die Parteien von rechts. Es war alles vergeblich. Man war erstaunt, bei den Deutschen an der Saar vom ersten Tag ab eine Einheitsfront zu finden, an der alle diese französischen Zersplitterungsbestrebungen zershellten.

Die Bemühungen, einen Saar-Separatismus auf die Beine zu bringen, fanden nur Anklang bei den Elementen, die im Saargebiet nichts zu suchen hatten. Es waren zugewanderte und geflüchtete rheinische Separatisten, die sich nun im Saargebiet zu organisieren begannen.

Ihre erste Organisation war der „Saarbund“, ihr Organ der Saarkurier. Bei der Neuwahl des Landesrates vom 27. Januar 1924 erlangten die Separatisten und der Saarbund 6592 Stimmen. 4000 dieser Stimmen gingen jedoch auf das Konto der im Saargebiet ansässigen Mitglieder der französischen Grubenbeamten usw.; einen Einfluß hatten die Verräter aber nicht und auch ihre Zeitung

find kein Interesse. Der Saar-Separatismus war, kaum geboren, schon gestorben.

Da kam die große Umwälzung in Deutschland und nun glaubten die Interessenten, daß die Zeit für den letzten Ansturm reif sei. Eine Ueberraschung kam auch, aber nicht so, wie sie sich der Franzose dachte. Der Saarländer nahm den Nationalsozialismus auf, wie etwas, auf das man sehnsüchtig und lange gewartet hatte.

Am 6. Mai 1934 konnte der Welt gemeldet werden, daß die neugebildete Deutsche Front 455174 Mitglieder hat und damit 93% aller Abstimmungsberechtigten erfaßt.

Damit haben alle Saarländer ihre Liebe zum Vaterland erneut unter Beweis gestellt.

Wohl hat die Leitung der Kommunisten auf Moskaus Geheiß, aus Haß gegen die Hitlerregierung, die Parole für die französische Lösung, den status quo, ausgegeben und damit den schlimmsten französischen Imperialismus begünstigt, aber damit hat sie sich ihr eigenes Grab gegraben. Ihre Anhänger leisten dieser Weisung keine Folge.

Bei den Katholiken des Saargebietes aber wird Frankreich ebenfalls eine große Enttäuschung erleben. Die katholische Bevölkerung des Saargebietes würde es als eine Beleidigung schwerster Art ansehen, würde man den Schluß ziehen, daß sie weniger national wäre als der einfache kommunistische Arbeiter.

Die katholische Saarbrücker Landeszeitung sagte: „Wir würden uns auch dann für Deutschland einsetzen, wenn wir befürchten müßten, nach der Rückgliederung selber schwersten Schaden an Person und Besitz erleiden zu müssen. Wir können einfach nicht anders handeln, denn wir sind Fleisch vom Fleisch, Blut vom Blut des deutschen Volkes.“

Nach Ablauf einer Frist von fünfzehn Jahren nach Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrages wird die Bevölkerung des Saargebietes berufen, ihren Willen, wie folgt, zu äußern:

Eine Abstimmung findet gemeinde- oder bezirksweise über folgende drei Fragen statt:

- a) Beibehaltung der durch den gegenwärtigen Vertrag und diese Anlage geschaffenen Rechtsordnung;
- b) Vereinigung mit Frankreich;
- c) Vereinigung mit Deutschland.

Stimmberechtigt ist ohne Unterschied des Geschlechtes jede zur Zeit der Abstimmung über 20 Jahre alte Person, die bei Unterzeichnung des Vertrages in dem Gebiet gewohnt hat.

Französischerseits hat man sich auf die Beibehaltung des status quo zurückgezogen, da die Frage: „Anschluß an Frankreich“ mangels Interesse aufgegeben werden mußte. Man hofft, daß diejenigen, die an dem gegenwärtigen Zustand interessiert sind, und andere, die ihre Einstellung zu der großen nationalen Umwälzung in Deutschland noch nicht gefunden haben, doch noch einzelne Stimmen für den „Status quo“, den gegenwärtigen Zustand, bringen werden.

Die französische Propaganda möchte nur noch die Rückkehr des Landes zu Deutschland verhindern. Die Mehrheit der unterrichteten Franzosen betrachtet das Festhalten an dem gegenwärtigen Zustand als das Höchste des Erreichbaren. Daher ist der „Status quo“ heute die französische Lösung.

Nur Frankreich ist an dem Status quo interessiert. Das Ziel ist hierbei ein politisches; man will mit der Selbständigkeit des Saargebietes oder eines Teiles des Gebietes, dem Deutschtum einen empfindlichen Stoß versetzen.

Beibehaltung des Status quo bedeutet den ersten Schritt zur Annexion durch Frankreich. Die Autonomie wäre nur eine Maskierung der französischen Herrschaft.

Drei Fragen werden am 13. Januar 1935 der Saarbevölkerung vorgelegt werden. Aber in Wirklichkeit geht es nur um ein Zweifaches, ein „Entweder, Oder“, Deutschland oder Frankreich.

Bald beginnt die Abrechnung. Dann wird das deutsche Volk an der Saar die Antwort auf die beleidigende Frage nach seinem Volkstum geben.

Die Saarfrage ist die einzige territoriale Frage, die zwischen Deutschland und Frankreich noch zu regeln ist, erklärte der Führer am Niederwalddenkmal. In der Saarfrage gibt es für Deutschland keinen Kompromiß, kein Feilschen, kein Handeln.

Volk will zu Volk und Blut zu Blut.

Immer wieder kam es zu gleichen Kundgebungen des Volkswillens. Am 10. Jahrestage der Unterzeichnung des Versailler Vertrages fand eine gewaltige Kundgebung statt, in der die Vertreter aller politischen Parteien, mit Ausnahme der Kommunisten, unter dem begeisterten Beifall der Zuhörerschaft die Rückkehr zum Reiche forderten. Besonders eindeutig war die Treue der Bevölkerung in den Grenzbezirken, auf die sich die französische Propaganda in verstärktem Maße konzentriert hatte.

Diese Willenskundgebung der Saarbevölkerung hat an Stärke und Ueberzeugungstreue nicht nachgelassen, seitdem die große nationale Umwälzung sich in Deutschland vollzog. Trotz aller Bemühungen der Emigranten und ihrer französischen Freunde ist es nicht gelungen, den Willen des Volkes an der Saar zu verfälschen.

Niemand wird die wunderbare Kundgebung am Niederwalddenkmal vergessen, auf der der Führer zu den Saarländern sprach. Das war ein Bekenntnis der Treue zu Deutschland.

Am 1. Mai 1934 nahm das Saarvolk trotz Schikanen und behördlichen Verbots an dem deutschen Volksfeiertag der Arbeit teil. Das gleiche zeigte sich an Hitlers Geburtstag. Dazu kam die Kundgebung in Zweibrücken am 6. Mai 1934, auf der Reichsminister Dr. Goebbels sprach und die überwältigende Kundgebung des Saarlandes auf dem Ehrenbreitstein bei Koblenz am 26. Aug. 1934, wo der Führer zu den Volksmassen von der Saar sprach.

Das Volk hat gesprochen. Es hat erkannt, daß es sich hier nicht um eine Sache der Parteien handelt, daß es hier nur um Deutschland geht.